

Die Unterdrückung der demokratischen Opposition durch die türkische Regierung

Levent Tüzel ist Jurist und Politiker aus Istanbul

Islamisierung, Kriminalisierung Andersdenkender und Aushöhlung der Menschenrechte

Levent Tüzel ist Mitglied der Partei EMEK und war für die Halklarin Demokratik Partisi (HDP) Abgeordneter im nationalen Parlament der Türkei. Am 11. April 2016 hielt er auf Einladung des Flüchtlingsrates, des Landesflüchtlingsbeauftragten und der Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein diesen Vortrag in Kiel:

Seit November 2002 regiert die AKP die Türkei. Die Entwicklungen im Land, die Kriegs Atmosphäre, die Innen- und Außenpolitik, die Entfernung von Demokratie und Rechtsprinzipien, die unterdrückende autoritäre Regierung sind Produkte des Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan und des (ehemaligen, Anm. d. Red.) Ministerpräsidenten Davutoğlu, die zu einer bedenklichen und zerbrechlichen Lage geführt haben.

Alleinherrschaft der AKP zieht Kritik auf sich

Die AKP hat nicht akzeptiert, dass sie bei der Wahl am 7. Juni 2015 die notwendige Mehrheit für eine Alleinregierung nicht erhalten und damit auch den Übergang zu einem Präsidialsystem nicht erreicht hat. Daraufhin hat sie

das gesamte Land terrorisiert, die Bildung einer Regierung verhindert und durch erneute kriegsführende Politik bei den Neuwahlen am 1. November 2015 die erhoffte Mehrheit erreicht und die 64. Regierung gegründet. Jetzt betreiben die AKP und Erdoğan mittels Instrumentalisierung der Religion, der Nationalität, des Krieges und durch eine ausbeuterische Politik ein Regime der Alleinherrschaft.

Nicht nur wegen der in der Region betriebenen kolonialistischen/imperialistischen Politik und wegen der Tatsache, dass er (Erdoğan) die Flüchtling aus Syrien als politisches Druckmittel benutzt sowie sie zum finanziellen Verhandlungsthema macht und nicht zuletzt wegen der engen Zusammenarbeit mit den Jihadisten, die die Scharia wollen, sondern auch wegen seiner rigiden Verfolgungspolitik gegen KritikerInnen, zieht die AKP die Kritik der Weltöffentlichkeit auf sich und verliert an Vertrauen.

Umgang mit KritikerInnen

Gegen 1.128 Akademikerinnen und Akademiker sind Verfahren eingeleitet worden, weil diese wegen des neu aufflammenden Krieges gegen die Kurden mit dem Appell „Kinder sollen nicht sterben, sondern es sollen wieder Verhandlungen aufgenommen werden“ an die Öffentlichkeit gegangen sind. Viele haben ihre Arbeit verloren, vier von ihnen sind inhaftiert worden. Zwei Journalisten wurden für drei Monate in Untersuchungshaft genommen (und inzwischen verurteilt worden, Anm. d. Red.). Es wird gegen sie wegen Spionage und Verrat ermittelt, weil sie über Waffentransporte der MIT (des türkischen Geheimdienstes) an die Jihadisten berichteten, die gegen

das Regime in Syrien kämpfen. Dabei wurde der Staatspräsident mit der Behauptung, die angeklagten Journalisten müssten das bezahlen (bedel ödemek) als Nebenkläger zugelassen, nachdem er Anzeige erstattet hatte. Personen, die die Politik und die Reden von Herrn Erdoğan kritisieren oder sich gegen die Einführung des Präsidialsystems äußern, werden mit dem Vorwurf „Beleidigung des Staatspräsidenten“ angeklagt. Diese Zahlen werden mehrere Tausende werden. (Laut Anne Will/ARD am 10.4.2016 wurden bis dato 1.800 Anklagen erhoben, Anm. d. Red.). Personen, die zur Lösung des Kurdenkonflikts eine Verfassung, Selbstverwaltung oder ein Unabhängigkeitsmodell vorschlagen, werden beschuldigt, Separatisten zu sein. Sie werden als Sympathisanten oder als Propagandisten einer Terrororganisation beschuldigt und vor Gericht gestellt. Gegen die Abgeordneten der HDP, die sich dahingehend äußern, wird mit allem Mitteln darauf hingewirkt, dass ihre Immunität aufgehoben wird. Bei jeder Rede der AKP-Politiker werden kurdische Politikerinnen und Politiker verbal gelyncht; sie werden als Feind zur Zielscheibe gemacht. Diese sagen aber lediglich, dass man mit dem Krieg nichts erreichen kann, dass man sich an einen Tisch setzen müsse und dass im Parlament eine Lösung gesucht werden solle.

Nach dem im Juni 2013 Millionen Menschen gegen eine einseitige, ungerechte, den Rechtsstaat ablehnende, willkürliche und autoritäre Politik der AKP und Erdoğan auf die Straßen gegangen sind – in der türkischen Volkswiderstandsgeschichte als Gezi Aufstand bezeichnet –, geriet die Macht von Erdoğan ins Wackeln. Das hat Erdoğan dazu

gebracht, die anfängliche Demokratisierung und Reformversprechungen zu beenden und die Opposition zum Schweigen bringen zu wollen.

Um die Untersuchungen und Ermittlungen wegen Korruption zu verhindern, hat er die Cemaatci Anhänger, mit denen er bis dahin zusammen gearbeitet hat, als Feinde bezeichnet, sie als Parallelgesellschaft und Terrororganisation beschuldigt. Nun hat er sich mit den Mitgliedern des Militärs, die er zuvor als „Ergenekoncu“ bezeichnet hatte und beseitigen wollte, zusammen geschlossen, um kurdischen PolitikerInnen und friedlichen und demokratischen Kräften, die er als Gefährdung seiner Macht sieht, erneut den Krieg zu erklären.

Nachdem AKP und Erdoğan festgestellt haben, dass Unterdrückung, Gewalt, Terror und Kriegszustand ihnen Vorteile bringen, versucht Erdoğan mit den Parolen wie „Entweder meine Macht oder das Chaos“ oder wie „Entweder seid ihr auf meiner Seite oder auf der Seite des Terrors“ die Gesellschaft mit solchen Drohungen zu unterwerfen und einzuschüchtern. Alle Reden von ihm sind voller Gewalt und Hass. Sie haben das Ziel, die Bevölkerung zu teilen und beschleunigen die Zerstörung des friedlichen Lebens der Völker in dem Land, weil Erdoğan sich als Staat sieht oder sich über den Staat hinwegsetzt und als Hauptkommandeur in den kriegerischen Auseinandersetzungen – als sei er schon ein Staatspräsident – agiert.

Die EU verschließt die Augen

Das Land, das die Hausaufgaben der EU nicht allein mit Blick auf die verabredeten Entwicklungsberichte nicht erledigt hat, sitzt nun am Tisch mit der EU, die ihre Augen schließt, und diktiert seine Wünsche. Während die Versorgung der Flüchtlinge viel kostet und sie gleichzeitig als billige Arbeitskräfte missbraucht werden, riskiert die AKP-Regierung an diesem Widerspruch das Land in die Katastrophe zu führen. Die Kurden und Kurdinnen, die in Syrien eine freie und demokratische Zukunft suchen und deren sich in unserem Land befindlichen Brüder und Schwestern werden offen als Gefahr bezeichnet, als Feind gesehen und zu vernichten versucht. Sie werden als Verräter bezeichnet und damit aus der politischen Arbeit und Wirkung gedrängt. Was mit der HDP zurzeit geschieht, erinnert an die 90er Jahre, so dass als Folge der

Kriegs- und Terrorpolitik die Vernichtung der Partei zu befürchten ist.

Die Regierung versucht die Immunität kurdischer Politiker aufzuheben und bereitet ein Amnestiegesetz vor, das dazu dienen soll, im Falle des Krieges in den Kurdenregionen die Angreifer von Kriegsverbrechen freizusprechen. Die sich gegen eine Scharia und den religiösen Staat stellenden und äußernden demokratischen und alevitischen Gruppen werden in gleicher Weise bedroht und eingeschüchert.

Diejenigen, die immer bedrohlichere religiöse Aussagen machen, und die die Frauenbewegung als Separatismus bezeichnen, sehen eben diese Frauenbewegung und den Kampf um Frauenrechte als eine Gefahr, die gestoppt werden müsse. Die gewaltsame Niederschlagung der Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag am 8. März 2016 stellt ein staatliches Handeln dar, das mitverantwortlich dafür ist, dass weitgehend straffrei jeden Tag Gewalt gegen Frauen und Frauenmorde stattfinden.

Selbst der Einsatz der Bevölkerung für die Natur, die Wasserversorgung und ihre Umwelt werden niedergeschlagen, um damit die korrupten Unternehmen, die sich durch Vernichtung der Natur/ Umwelt wirtschaftliche Vorteile verschaffen wollen, zu bevorzugen.

Auf dem Weg in wirtschaftliche Krise und Polizeistaat

Die Regierung, die die Wirtschaftskrise einigermaßen überwunden hatte, hatte die Gesellschaft zunächst finanziell unterstützt, steht aber nun, wie bei der Außenpolitik auch, bei der Wirtschafts- und Arbeitspolitik mit dem Rücken zur Wand.

Zunehmende Arbeitslosigkeit, immer ärmer werdende Bevölkerungsgruppen, zahlreiche wegen des Krieges geflohene Menschen, Obdachlose, Flüchtlinge, immer mehr Betriebe, die Konkurs gegangen sind, geschlossene Läden, Bauern, die ihre Dörfer verlassen und in die Städte stürmen – das ist das Bild unseres Landes. Der Gurt der Ausbeutung wird immer enger gezogen. Ein Leiharbeitergesetz wird bald zur Abstimmung in das Parlament gebracht. Die bisherigen Versprechungen für die Leiharbeiter sind

nicht verwirklicht worden. Es wird auch noch ein Gesetz vorbereitet, dass die Unkündbarkeit von Staatsbeamten und -angestellten aufheben wird.

Die Justiz und die Grundrechte sind in Vergessenheit geraten. Der Staatspräsident, der selber die Entscheidungen des Verfassungsgerichtes nicht akzeptiert, kann zu den Staatsbediensteten sagen, dass sie die Gesetze nicht beachten sollen und so handeln sollen, wie es notwendig sei. Diese Notwendigkeiten sind dann z. B. Ausgangssperre, Bombenangriffe auf Städte, Verbot von Demonstrationen, der Einsatz von Tränengas und Maßnahmen, die ohne danach zu fragen, ob es sich um Kinder, Alte oder Frauen handelt, sogar bis zur Vernichtung gehen können.

Die Grenzen zu einem Polizeistaat sind erreicht. Die Anschläge, gegen die der Staat nichts unternimmt (und vor ihren Hintergründen, Verursachern und Tätern die Augen verschließt), und die Terroratmosphäre werden dafür genutzt, die Straßen der Macht und Gewalt der Polizei und die Rechte und Freiheiten der Menschen der Willkür zu überlassen. Es ist für jeden eindeutig und mit allen Sinnen erkennbar, dass es nicht bei der verbalen Bedrohung bleiben wird, sondern dass unsere gemeinsame Zukunft kaputt gemacht werden wird.

Wir demokratischen und friedlichen Kräfte werden weitere Anstrengungen und Mühen einsetzen, uns gegen diese grenzlose Eigenmächtigkeit und die Angriffe gemeinsam zu wehren.

Trotz des Widerstandes der AKP ist uns, die wir uns für Frieden und Demokratie einsetzen, unsere Verantwortung bewusst, dass die Beendigung des Krieges nur durch unsere Bemühungen und insbesondere mit der wichtigen internationalen Unterstützung und Solidarität zu schaffen ist.



Aus dem Türkischen übersetzt von Mehmet Erdem .